

VERKEHRSPOLITISCHER FORDERUNGSKATALOG

Zuletzt aktualisiert: 1. Februar 2017

Wir fordern den Bundesrat, das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und die weiteren verantwortlichen Entscheidungsträger in Politik und Behörden auf:

1. Das Motorrad als Platz sparendes, umweltfreundliches und effizientes Verkehrsmittel in Städten ist aktiv zu fördern und seine Förderungswürdigkeit dem öffentlichen Verkehr gleichzusetzen.
2. Alle zukünftig unter dem Titel „Verkehrssicherheit“ geplante Massnahmen sollen mit allen von Fragen der Verkehrssicherheit betroffenen Gruppierungen – insbesondere der IG Motorrad – diskutiert und ausgearbeitet werden. Massnahmen, die auf nicht wissenschaftlich überprüfbaren Erkenntnissen zur Unfallkausalität aufbauen, lehnen wir konsequent ab. Wir bestehen zudem auf den für Motorradfahrer wichtigen Kernwerten:
 - i. Eigenverantwortlichkeit
 - ii. Unabhängigkeit
 - iii. Solidarität und
 - iv. Freiheit
3. Wir fordern die offizielle Anerkennung der Tatsache, dass Motorradfahrer mehrheitlich Opfer und nicht Verursacher von Verkehrsunfällen sind, und dass sie nur in Ausnahmefällen andere gefährden, sondern vor allem selbst gefährdet sind.
4. Wir fordern wissenschaftlich profunde Studien über die wirklichen Ursachen von Motorradunfällen. Solange diese nicht vorliegen, fordern wir die Offenlegung der unveröffentlichten Studien der Versicherer über die Unfallursachen. In der Verkehrssicherheit-Diskussion müssen Wahrheit und Wissenschaftlichkeit Einzug halten. Bis heute werden immer noch viele Massnahmen aufgrund von Vorurteilen beschlossen. Die wahren Unfallursachen werden nicht systematisch erfasst und unabhängig bewertet.

5. Es ist sofort mit der Umsetzung von Verkehrssicherheitsmassnahmen für Motorradfahrende zu beginnen, die längst überfällig sind:
 - a. Unterfahrschutz für Leitplanken und Leitplankenprotektoren, die für Motorradfahrende keine Gefahr darstellen.
 - b. Eine Verordnung, dass Teerausbesserungen Mindestanforderungen in Bezug auf Strassenhaftung erfüllen müssen.
 - c. Das ASTRA soll endlich handeln und bestehende technische Normen zu a. und b. als verbindlich erklären.
6. Statt dem Überwachungsstaat Vorschub zu leisten, sollen die Behörden sich um die Sicherheit der Infrastruktur kümmern.
7. Überwachungsanlagen wie z.B. Abschnittgeschwindigkeitskontrollen oder GPS gestützte Systeme lehnen wir als unverhältnismässige Eingriffe in die Selbstverantwortung des Motorradfahrers ab.
8. Motorradfahrenden ist die Benutzung von Busfahrbahnen zu gestatten.
9. Das langsame Vorbeifahren an stehenden Kolonnen ist zu gestatten. (Mehr als 15'000 Bürger und Bürgerinnen haben eine entsprechende Petition unterzeichnet!)
10. Das Parkverbot auf Fussgängerwegen ist aufzuheben. Es ist genügend Parkraum in den Innenstädten zu gewährleisten.
11. Das einheitliche Geschwindigkeitsregime 50/80/120 ist durch alle Kantone einzuhalten. Absignalisierung von Ausserortsstrecken auf 60 km/h lehnen wir ab.
12. Die Motorradfahrer nutzen Autobahnen nur in geringem Masse, die Vignettenpflicht ist unverhältnismässig und für Motorräder und Roller abzuschaffen.
13. Die obligatorische Abgaswartung lehnen wir als unwirksame und schikanöse Massnahme ab. Umweltpolitisch sinnvoll ist die Förderung der beschleunigten Erneuerung der Motorradflotte.
14. Die periodische Fahrzeugprüfung hat sich als unwirksame Massnahme gezeigt, sie ist ersatzlos zu streichen.

Zudem fordern wir...

...die Entpolitisierung der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) und des Fonds für Verkehrssicherheit (FVS). Es kann nicht sein, dass unsere Versicherungsprämien für eine Politik missbraucht werden, die uns diskriminiert und unsere Interessen zu beschneiden versucht.